

Nie sei die Regionalbahn pünktlich. Besonders schlimm sei es für Umsteiger in Oberhausen, wo regelmäßig Anschlüsse verpaßt würden. Die Aggressivität der Passagiere steige ständig, bemerkt Herr W. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann es zu ersten Übergriffen gegen das zudem regelmäßig sehr unfreundliche Bahnpersonal kommen werde. Er habe auch keine Lust mehr, sich das dumme Geschwätz der „Beruhigungscenter“ anzuhören. Anrufe seien sinnlos und zwecklos. Auch zahlreiche Briefe von „Leidensgenossen“ verhalten erfolglos. „Service“ sei für die „Chaos-Bahn“ ein Fremdwort. Mit der Bahn komme man total genervt und aggressiv an.

Als Ursachen hat Herr W. massiven Personalabbau und schrottreife Lokomotiven und Waggons sowie Umorganisation in „Regionalcenter“ ausgemacht. Die Politiker forcierten noch den Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr, während die Menschen Personenbeförderung als Massentierhaltung in Legebatterien empfänden. Häufig funktioniere auch die Heizung nicht. Den Landespolitikern ist die „Herbstsonate“ bekannt. Zu Beginn der kalten Jahreszeit steigen im Herbst viele PKW-Fahrer auf die Bahn um, mit der Folge überfüllter Bahnen, auch in den Verkehrsverbänden. Bis vor kurzem war die Eisenbahn grundsätzlich Sache des Bundes. Bei der Privatisierung wurde der Personennahverkehr auf Bundesbahnschienen zwar den Ländern übertragen; das Land

## Berufspendler beschwert sich über „Chaos-Bahn“

### „Total genervt und aggressiv“

„Seit der Umstellung auf den Winterfahrplan 1997/98 läuft im Regional- und Berufsverkehr der deutschen ‚Chaos-Bahn‘ überhaupt nichts mehr“, schrieb am 9. November Dieter W. aus Dinslaken an drei Ausschüsse des Landtags und die SPD-Fraktion. Züge seien verspätet oder fielen ganz aus, hätten nur drei statt früher sechs Waggons. Er werde seine zahlreichen Dienstreisen mit Laptop, Drucker und mindestens einem Aktenordner künftig wieder mit dem PKW durchführen, „nicht nur streßfreier und entspannter, sondern auch arbeitstäglich bis zu eineinhalb Stunden schneller und effektiver“.

hat aber nur einen gesetzlichen Rahmen für die Regionalisierung geschaffen und die Gestaltung ansonsten den Kommunen bzw. Verkehrsverbänden überlassen.

Im Haushaltsausschuß, an den Dieter W. sich wandte, werden die Bundes- und Landesmittel nur durchgeleitet. Der ebenfalls angeschriebene Verkehrsausschuß hat sich intensiv mit der neuen Aufgabe befaßt. Seine Kompetenzen stoßen aber regelmäßig an Grenzen, wenn er sich für die Interessen der Schienennutzer einsetzen will. Da verweist die Bahn auf ihren Status einer Aktiengesellschaft, eines Privatbetriebs, der Gewinn einfahren müsse. Politische Mitwirkung ist bei der DBAG nicht vorgesehen. Landtagsabgeordnete aller drei Fraktionen sind der „Parlamentarischen Gruppe Bahn“ beigetreten, die in einer Art rundem Tisch zum Interessenausgleich durch Gespräche aller

Beteiligten mit den Bahn-Managern beitragen soll. Aber die Gespräche ähneln Einbahnstraßen. Beschwerden werden angehört und Erklärungen abgegeben. „Landespolitik kann mehr“, behauptet deshalb der bahnpolitische Sprecher der GRÜNEN-Fraktion Peter Eichenseher und schlägt den gezielten Ausbau des Schienenverkehrs vor. Als Verkehrsminister hat auch Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) eine Trendwende in der Bahnpolitik eingeleitet. Im Blickpunkt der Landespolitiker stehen einerseits die wachsenden Probleme des Straßenverkehrs, andererseits das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf eine Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Wie dieses Recht zu bekommen ist, möchte Dieter W. nun außer vom Haushalts- und vom Verkehrsausschuß auch vom Petitionsausschuß erfahren.

## Paul-Clemen-Stipendium für Doktorandinnen

Mit dem Paul-Clemen-Stipendium des Jahres 1998 zeichnete der Landschaftsverband Rheinland die beiden jungen Kunsthistorikerinnen Dr. Britta Hoppe aus Frechen und Dr. Eva-Christine Raschke aus Bonn aus. Die zum 41. Mal verliehene Auszeichnung für besonders hervorragende Arbeiten über Kunstwerke im Rheinland erhalten damit, wie schon in den letzten Jahren, Doktorandinnen.

Geschnitzte Kölner Überbauschränke des 17. Jahrhunderts waren Thema der Studien von Dr. Britta Hoppe. Während der Feier am 20. November in der Abtei Brauweiler stellte der stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland, Wilhelm Müser, ihren interessanten Lebenslauf vor: Tischlerlehre nach dem Abitur, Gesellenprüfung, Restaurierungskurs in England mit Diplom und mehrjährige Arbeit als Möbelrestauratorin in England, Studium am Kunsthistorischen Institut der Universität Köln mit Praktikum im Museum für Angewandte Kunst in Köln, Promotion bei Professor Dr. Günther Binding 1997. Da die Erforschung der Renaissance im Rheinland bislang sehr lückenhaft war, stellt die Untersuchung von Frau Dr. Hoppe eine neue Grundlage für die wichtigen Zeugnisse des Möbelhandwerks und der Möbelkunstgestaltung der Renaissance dar. Einige der nur in geringer Zahl erhaltenen Kölner Überbauschränke wurden von der Kunsthistorikerin in ihrem Diavortrag vorgestellt. Ihre bedeutsame Arbeit erscheint als erster Band der Sigurd-Greven-Stiftung. Den Kölner Schulbau des 19. und 20. Jahrhunderts machte sich die in Koblenz geborene Dr. Eva-Christine Raschke zum Thema. 400 Schulen auf Kölner Boden wurden von ihr untersucht. Durch Vergleiche mit anderen Zentren des deutschen Schulwesens ge-

wann sie einen großen Überblick. Sie informierte in ihrem Vortrag über den Schulbau der Gründerzeit mit „Schulpalästen“ und „Schulkasernen“ des Kölner Stadtbaumeisters Raschdorf, die sie als Ausdruck einer konservativen Klassengesellschaft registrierte. Weniger als ein halbes Dutzend hält sie für erhaltenswert. Im Kölner Schulbau der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts setzten sich konservative Strukturen fort, und nur wenige ragten über mehr als bloße Zweckbauten hinaus, erklärte Frau Dr. Raschke.

Im anschließenden Festvortrag setzte sich der Direktor der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, Dr. Wenzel Jacob, für Zukunftschancen der „Museumsmühle“ mit einem Einzugsbereich von 20 Millionen Menschen auch nach dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin ein. Die Festveranstaltung, an der als Vertreter des Landtags der Erftkreis-Abgeordnete Hans Krings (SPD) teilnahm, wurde musikalisch von Klaviervorträgen junger Pianisten umrahmt.

## Schlösser-Verwaltung

Über die Finanzsituation von Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl informierte Kulturministerin Ilse Brusch den Unterausschuß Personal (Vorlage 12/2377). Dabei ging es vor allem um die teilweise Einführung von Kosten- und Leistungsrechnung in der Verwaltung. Kostenstellen seien für die eigentliche Schloßverwaltung und für die Gärtnerei eingerichtet worden, unterteilt wiederum in Kosten/Erlöse aus dem Museums- und Veranstaltungsbetrieb, der Durchführung diplomatischer Empfänge, der Parkanlagen, der Holzwirtschaft und für die Parkaufsicht. Als Kosten für Schloß Augustusburg wurden 1997 knapp zwei Millionen, für Schloß Falkenlust 276 000 bei Gesamtkosten von über vier Millionen Mark errechnet.



Auf Einladung des SPD-Abgeordneten Dr. Bernhard Kasperek (hintere Reihe, 5. v. r.) besuchte der Euro-Betriebsrat der VEBA AG den Düsseldorfer Landtag. Unter Führung des Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats Ralf Blauth nahmen 20 Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus acht europäischen Ländern an einer Besichtigung des Landtags und anschließenden Gesprächen teil. Kasperek hatte als zusätzlichen Gesprächspartner Dr. Reiner Buhr von der Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung NRW eingeladen, mit dem die europäischen Arbeitnehmervertreter vor allem über Industrie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen des Strukturwandels diskutierten.